

Absender

...
...

An das

Thüringer Landesamt für Finanzen
Abteilung Bezüge in Erfurt
Leipziger Straße 71
99085 Erfurt

(für Kommune/ LRA: Adressat je nach Dienstherrn anpassen!)

Musterantrag/Widerspruch

Datum

Personalnummer:

Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Erhalt einer jeweils amtsangemessenen Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. nur Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat, Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung – Az.: 2 BvL 5/13) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen. Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 (vgl. BVerfG 2 BvL 4/18) zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparameter präzisiert. Dabei wurde insbesondere das Abstandsgebot zum allgemeinen Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben.

Das Abstandsgebot untersagt dem Besoldungsgesetzgeber, ungeachtet seines weiten Gestaltungsspielraums, den Abstand zwischen verschiedenen Besoldungsgruppen, dauerhaft einzuebnen. Jedem Amt ist eine Wertigkeit immanent, die sich in der Besoldungshöhe widerspiegeln muss. Die Wertigkeit wird insbesondere durch die Verantwortung des Amtes und die Inanspruchnahme des Amtsinhabers bestimmt. Die „amtsangemessene“ Besoldung ist damit eine notwendigerweise abgestufte Besoldung. Die Parameter dazu, wurden in der Entscheidung vom 23. Mai 2017 (vgl. BVerfG 2 BvR 883/14) in den Rz. 63 bis 86 aufgezeigt.

Den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärfte Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in Thüringen nicht nachgekommen. Zwar wurde am 22. Oktober 2021 das Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation vom Thüringer Landtag beschlossen, die hier geregelte Anhebung der Kinderzuschläge sowie der Streichung der Stufe 1 in A6/ A7 halte ich jedoch für nicht ausreichend, vielmehr ebnet sie den Abstand zwischen den verschiedenen Besoldungsgrup-

pen, zumindest für die Zeit, wo ein Besoldungsempfänger Anspruch auf Familienzuschlag für Kinder erhält, dauerhaft ein und meine Besoldung ist auch weiterhin mit dem vom BVerfG getätigten Vorgaben nicht vereinbar, sodass ich gegen diese

Widerspruch einlege und beantrage,

mir eine amtsangemessene Besoldung zu gewähren, die den in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 sowie aus dem Jahr 2020 aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.

Gleichzeitig bitte ich bis zur verfassungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung durch den für meine Besoldung zuständigen Gesetzgeber meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen